



Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

Ägypten – Januar bis Juni 2022

01. Juli 2022

03. Januar 2022

Aktivisten wegen der Verbreitung von Falschnachrichten in den sozialen Medien zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt

Wegen der Gefährdung der nationalen Sicherheit durch Verbreitung von Falschnachrichten in den sozialen Medien hat ein Sondergericht für Staatssicherheit in Kairo den bekannten Bürgerrechtsaktivisten Alaa Abdel Fattah zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe verurteilt; mit der gleichen Begründung verurteilte das Gericht den unter dem Pseudonym Oxygen bekannten Blogger Mohamed Ibrahim sowie den Menschenrechtsanwalt Mohamed el-Baqer zu vier Jahren Haft. Urteile des Sondergerichts können nicht angefochten werden; sie müssen vom Staatspräsidenten lediglich ratifiziert werden. Die drei Männer befanden sich seit 2019 in Untersuchungshaft. Im Falle von Fattah beklagten seine Familie wie auch internationale Menschenrechtsorganisationen die lebensbedrohlichen Haftbedingungen.

17. Januar 2022

Führende ägyptische Menschenrechtsorganisation stellt ihre Arbeit ein

Am 10.01.22 verkündete die ägyptische Menschenrechtsorganisation Arab Network for Human Rights (ANHRI) die Beendigung ihrer fast 18-jährigen Tätigkeit und führt als Grund für die Schließung Drohungen, gewaltsame Angriffe und Verhaftungen durch die staatlichen Sicherheitsbehörden sowie die im Januar 2022 endende Registrierungsfrist für nichtstaatliche Organisationen bei dem Ministerium für Soziale Solidarität an. ANHRI erklärte, man könne die Kriterien für eine erfolgreiche Registrierung nicht erfüllen. Seit 2019 wird ein Vereinigungsgesetz vorbereitet, welches dieses Jahr schrittweise in Kraft treten und größere Hürden für die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Gruppen beinhalten soll. Das Gesetz liefere den staatlichen Behörden umfassende Möglichkeiten zur Überwachung und Kontrolle von Organisationen und deren finanzieller Mittel. Zudem verbiete es jegliche Aktivitäten, welche die nationale Sicherheit gefährden oder als politisch eingeschätzt werden. Vergehen können mit bis zu einer Million EGP (52.500 EUR, Stand: 17.01.22) bestraft werden.

31. Januar 2022

HRW: Erzwungene Rückführung von eritreischen Asylsuchenden

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) kritisiert in ihrem kürzlich veröffentlichten Bericht die Abschiebung von eritreischen Asylsuchenden durch die ägyptischen Behörden ohne ihnen Zugang zum Asylsystem bzw. dem UNHCR zu gewähren. Dem Bericht zufolge soll Ägypten im Oktober und November 2021 mindestens sieben und am 24.12.21 24 weitere eritreische Asylsuchende ohne eine Prüfung der Asyl- bzw. Schutzgründe zur Rückkehr nach Eritrea gezwungen haben. Laut UN-Menschenrechtsexpertinnen und -experten

können eritreische Staatsangehörige bei der Rückkehr in ihr Heimatland Folter, Misshandlung und Verschwindenlassen durch die örtlichen Behörden ausgesetzt sein.

2.337 Gefangene im Rahmen einer Amnestie entlassen

Anlässlich des 70. Jahrestages der Polizei gab das Innenministerium am 26.01.21 bekannt, mehr als 2.330 Gefangene im Rahmen einer Präsidialamnestie zu entlassen.

Zehn Mitglieder der Muslimbruderschaft zum Tode verurteilt

Am 30.01.22 verurteilte ein Gericht zehn Mitglieder der seit 2013 verbotenen Muslimbruderschaft zum Tode. Die Betroffenen sollen im Jahr 2015 Angriffe auf die Polizei koordiniert und geplant haben. Bevor das Gericht im Juni 2022 erneut zusammentritt, um die Urteile endgültig zu bestätigen und eine Anfechtung dieser möglich ist, werden die Urteile dem Großmufti Ägyptens als höchste islamische Rechtsinstanz zur Überprüfung vorgelegt; dies gilt jedoch als Formalität in Fällen der Todesstrafe.

14. Februar 2022

Erstmals koptischer Christ zum Vorsitzenden des Obersten Verfassungsgerichts ernannt (14.02.2022)

Mit Boulos Fahmy vereidigte Staatspräsident Abdel Fattah al-Sisi am 09.02.2022 erstmal einen koptischen Christen im Amt des Vorsitzenden des Obersten Verfassungsgerichts. Fahmy hatte zuvor u.a. die Positionen der Vizepräsidentschaft des Obersten Gerichtshofes (in den Jahren 2010 und 2014) und die Präsidentschaft des Kairoer Berufungsgerichtes inne.

11. April 2022

Bekannter Aktivist beginnt Hungerstreik; drei weitere Aktivisten haben Hungerstreik beendet

Den Angaben Alaa Abdel Fattahs Familie zufolge soll der seit September 2019 im Tora-Gefängnis inhaftierte Aktivist Anfang April 2022 einen Hungerstreik begonnen haben, um gegen seine prekären Haftbedingungen zu protestieren. Fattah soll unter strenger Bewachung und Isolationshaft stehen; weder der Besitz von Büchern noch körperliche Betätigung seien dem Aktivist, der im Dezember 2021 wegen der Verbreitung von Falschnachrichten zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt worden ist, erlaubt. Unterdessen sollen die ebenfalls im Tora-Gefängnis inhaftierten drei Aktivisten, Ahmed Douma, Ziyad El-Eleimy und Ahmed Samir Santawy, ihren Ende März 2022 begonnen Hungerstreik beendet haben, nachdem ihre Haftbedingungen von den Gefängnisbehörden verbessert wurden.

25. April 2022

Bekannter Ökonom in staatlichem Gewahrsam gestorben

Ayman Hadhoud, ein bekannter Ökonom und Mitglied der Reform und Entwicklungspartei, am 06.02.22 laut Behördenangaben aufgrund eines Einbruchversuchs verhaftet und nach einem Polizeiaufenthalt von den Sicherheitskräften in eine psychiatrische Klinik eingewiesen. Kurze Zeit später soll er aufgrund einer chronischen Herzerkrankung gestorben sein. Medienangaben zufolge informierten die staatlichen Behörden Hadhouds Familie jedoch erst einen Monat später über dessen Ableben. Human Rights Watch forderte die staatlichen Behörden auf, den Autopsiebericht zu veröffentlichen. Seine Familie wie auch Menschenrechtsorganisationen befürchten, dass Hadhoud in Polizeigewahrsam gefoltert worden sein könnte.

41 Personen aus Haft entlassen

Anlässlich des bevorstehenden Endes des muslimischen Fastenmonats wurden Medienangaben zufolge 41 inhaftierte Personen entlassen. Unter ihnen sollen sich mindestens sechs politische Gefangene befinden, die in der Vergangenheit aufgrund der vermuteten Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und/oder der Verbreitung von Falschnachrichten in den sozialen Medien verhaftet worden waren.

Strafmaß von Influencerin reduziert

Ein Gericht hat die zehnjährige Haftstrafe für Menschenhandel der TikTok-Influencerin Haneen Hossam auf drei Jahre reduziert; die Geldstrafe von 200.000 EGP (10.031 EUR; Stand 25.04.22) bleibt jedoch erhalten. Haneen

Hossam war erstmals im Jahr 2020 zusammen mit einer weiteren Influencerin zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt worden, nachdem die beiden Frauen Online-Videos geteilt hatten, die den Behörden zufolge die Werte der Gesellschaft angegriffen haben sollen. Ein Berufungsgericht sprach die beiden im Januar 2021 davon jedoch frei. Später folgte die Anklage und Verurteilung wegen Menschenhandels.

02. Mai 2022

Sänger wegen der vermeintlichen Verletzung familiärer Werte verurteilt (02.05.2022)

Ein Gericht in Alexandria hat zwei Sänger, Omar Kamal und Hamo Beeka, zu einer einjährigen Haftstrafe und einer Geldbuße von 10.000 EGP (ca. 512 EUR, Stand: 02.05.22) verurteilt, da sie mit ihrem im Oktober 2020 veröffentlichten Video die familiären Werte der ägyptischen Gesellschaft verletzen würden. Die beiden Sänger sind Vertreter des Mahraganat, einer in Ägypten sehr populären Musikrichtung, die um 2008 in den ärmeren Vierteln der Großstädte Kairo und Alexandria entstand. Die Liedtexte der zumeist jungen Kunstschaffenden handeln u.a. von alltäglichen und sozialen Problemen wie auch den prekären Lebensumständen in diesen Vierteln. Seit einigen Jahren versucht das staatliche Musiksyndikat die Verbreitung des Mahraganat zu unterbinden. Im November 2021 entzog das Musiksyndikat 19 Mahraganat-Kunstschaffenden aufgrund ihrer vermeintlich unmoralischen und für die Gesellschaft gefährlichen Liedtexte die Lizenz für öffentliche Auftritte.

Zwei Medienschaffende verhaftet

Zwischen dem 25.04. und 01.05.22 wurden Medienangaben zufolge zwei Mitarbeiterinnen staatlicher Fernseh- und Radiosender für 15 Tage in Untersuchungshaft genommen. Der Fernsehmoderatorin Hala Fahmy und der Journalistin Safaa al-Korbigi wird die Mitgliedschaft in einer illegalen Gruppierung und die Verbreitung von Falschnachrichten vorgeworfen. In den sozialen Medien hatten sich die beiden kritisch gegenüber der schwierigen Wirtschaftslage in Ägypten geäußert und an Protesten gegen Korruption und verspätete Lohnzahlungen in staatlichen Medienanstalten teilgenommen.

Mehr als 3.000 Gefangene begnadigt

Am 27.04.22 verkündeten die Behörden, dass im Zuge einer präsidentiellen Begnadigung mehr als 3.000 Gefangene begnadigt werden. Unter ihnen soll sich der Journalist Hossam Moniss befinden, welcher wegen der vermeintlichen Verbreitung von Falschnachrichten im November 2021 zu vier Jahren Haft verurteilt worden war. Erst kurz zuvor wurden 41 Personen anlässlich der Feierlichkeiten zum Ende des muslimischen Fastenmonats freigelassen (vgl. BN 25.04.22).

09. Mai 2022

Sinai-Halbinsel: Mehrere Mitglieder der Sicherheitsbehörden getötet

Bei einem Angriff bewaffneter Personen auf eine Wasserpumpstation östlich des Suezkanals sollen Behördenangaben mindestens elf Soldaten getötet und fünf weitere verletzt worden sein; der lokale Ableger des IS bekannte sich zu dem Angriff. Seit mehreren Jahren verüben Mitglieder islamistischer Gruppierungen vor allem in den nördlichen Provinzen der Sinai-Halbinsel Anschläge. Ziel dieser Angriffe sind insbesondere Sicherheitskräfte und die Infrastruktur. Eine 2013 begonnene und 2018 intensiviertere ägyptische Militäroperation richtet sich diese und andere gewaltbereite islamistische Gruppierungen.

16. Mai 2022

Sinai-Halbinsel: Fünf Soldaten und sieben IS-Mitglieder getötet (16.05.2022)

Bei einem Angriff des IS auf ägyptische Sicherheitskräfte im Norden der Sinai-Halbinsel sollen am 11.05.22 Armeeangaben zufolge fünf Soldaten und sieben Mitglieder des IS getötet worden sein. Es ist der zweite Angriff innerhalb weniger Tage; am 07.05.22 sollen laut den Angaben der Behörden mehrere IS-Mitglieder einen Angriff auf eine Wasserpumpstation östlich des Suezkanals verübt und dabei elf Soldaten getötet sowie weitere verletzt haben (vgl. BN v. 09.05.22).

23. Mai 2022

Strafgericht verhängt Todesstrafe

Am 18.05.22 verhängte das Strafgericht in Alexandria die Todesstrafe gegen einen Mann, welcher im April 2022 einen koptischen Priester in der nordägyptischen Küstenstadt tödlich mit einem Messer verletzt haben soll. Er war der vorsätzlichen Tötung schuldig befunden worden. Im nächsten Schritt wird das Urteil dem Großmufti Ägyptens als höchste islamische Rechtsinstanz zur Überprüfung vorgelegt; dies gilt jedoch als Formalität in Fällen der Todesstrafe.

30. Mai 2022

Ehemaliger Präsidentschaftskandidat zu mehrjähriger Haftstrafe verurteilt

Zwischen dem 30.05. und 03.06.22 entließen die Behörden mindestens elf zivilgesellschaftlich aktive Personen, Medienschaffende sowie politische Oppositionelle, nachdem ein Großteil von ihnen vor etwa drei Jahren unter dem Vorwurf der Verbreitung von Falschnachrichten inhaftiert worden waren. Die Freilassungen basieren auf der Empfehlung des Ende April 2022 reaktivierten und bei dem Staatspräsidenten angesiedelten Begnadigungsausschusses; die Sicherheitsbehörden sind ebenfalls in dem Prozess involviert und Menschenrechtsorganisationen zufolge wiederholt Freilassungen von beispielsweise hochrangigen Mitgliedern der Muslimbruderschaft verhindert.

13. Juni 2022

Mehrere politische Gefangene freigelassen

Zwischen dem 30.05. und 03.06.22 entließen die Behörden mindestens elf zivilgesellschaftlich aktive Personen, Medienschaffende sowie politische Oppositionelle, die vor etwa drei Jahren unter dem Vorwurf der Verbreitung von Falschnachrichten inhaftiert worden waren. Die Freilassungen basieren auf der Empfehlung des Ende April 2022 reaktivierten und bei dem Staatspräsidenten angesiedelten Begnadigungsausschusses.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de